

Rückkehr der Wachstumsdynamik



Die deutschen Unternehmen haben nach einem durchwachsenen ersten Quartal wieder zunehmend an Dynamik aufgenommen. Neben der kräftigen globalen Konjunktur wirken nun auch die Lockerungen der Corona-Beschränkungen auf den gesellschaftlichen Konsum.

Konjunkturlokomotiven sind die dynamische Wirtschaft Chinas und die fiskalpolitisch beflügelte US-Wirtschaft. Auch die Europäische Kommission rechnet für das laufende Jahr mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum in

Europa als bislang angenommen. Die Brüsseler Kommission erhöhte ihre Wachstumsprognose für die europäische Wirtschaft für das Jahr 2021 auf 4,8%. Das sind 0,6 Punkte mehr als im Frühjahr vorhergesagt. Nach Angaben der Kommission nahmen die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten dank einer effektiven Eindämmung des Coronavirus und Impffortschritten an Fahrt auf. Brüssel geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt bereits im vierten Quartal auf das Vorkrisenniveau zurückkehren wird.

Für Deutschland rechnet die Kommission mit einem Wachstum von 3,6% in diesem und von 4,6% im kommenden Jahr. Die Einschätzung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK)[1] fällt noch besser aus: Obwohl Lieferschwierigkeiten bei Vorprodukten und eine merkliche Verteuerung von Rohstoffen zunächst noch bremsen, soll die deutsche Wirtschaft 2021 um 4,5% zulegen und 2022 um 4,9%.

Rückenwind erhalten die deutschen Unternehmen vor allem vom anziehenden Konsum, den kräftig expandierenden Exporten und steigenden Investitionen, so das IMK. Stark gestiegene Energiepreise und die Rückkehr zu den üblichen Mehrwertsteuersätzen erhöhen die Inflation 2021 auf 2,5 %; 2022 dürfte sie sich aber auf 1,7% verringern.

In der Folge dieser Dynamik des Reproduktionsprozesses hat sich auch die gesellschaftliche Beschäftigung kräftig erholt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind zunächst die massiven Krisenhilfen: Kurzarbeiterregelung und die Überbrückungszuschüsse sowie die Kredite. Die Arbeitslosigkeit ist im Juni überraschend stark zurückgegangen. Sogar optimistische Schätzungen in puncto Beschäftigung wurden überboten. Unternehmen in nahezu allen Branchen stellen wieder Leute ein, weil mit dem Abklingen der Pandemie die Nachfrage steigt. Schon wird über Fachkräftemangel diskutiert. Und Arbeitgeber sorgen sich darum, qualifizierte Bewerber:innen für ihre Ausbildungsplätze zu finden.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist im Juni die Zahl der Arbeitslosen deutlich um 73.000 oder 3% auf 2,614 Mio. gesunken. Das ist der stärkste Rückgang in einem Juni seit zehn Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Juni um 239.000 oder 8% verringert, nach -126.000 oder -4% im Mai. Wie im Vormonat Mai hat die Arbeitslosigkeit zudem auch saisonbereinigt, also unter Herausrechnung der üblichen jahreszeitlichen Schwankungen, abgenommen: um 38.000. »Die umfassende Besserung am Arbeitsmarkt setzt sich im Juni fort«, sagte der Vorstandsvorsitzende Detlef Scheele.

Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik und kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt, ist im Juni saisonbereinigt um 47.000 gesunken, nach -19.000 im Mai. Gegenüber dem Vorjahr ist sie um 207.000 oder 6% auf 3.411.000 gesunken, nach -90.000 oder -3% im Mai. Die Rückgänge gegenüber dem Vorjahr hängen damit zusammen, dass mit einem Monat verglichen wird, der von der Corona-Krise stärker betroffen war und reflektieren die Verbesserung nach dem ersten Lockdown.

Mit den weitergehenden Öffnungsschritten im Juni sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung damit saisonbereinigt deutlich gesunken. Dabei gab es – im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 – weiterhin weniger Zugänge von Arbeitslosen aus Beschäftigung, aber auch nach längerer Unterbrechung wieder merklich mehr Beschäftigungsaufnahmen.

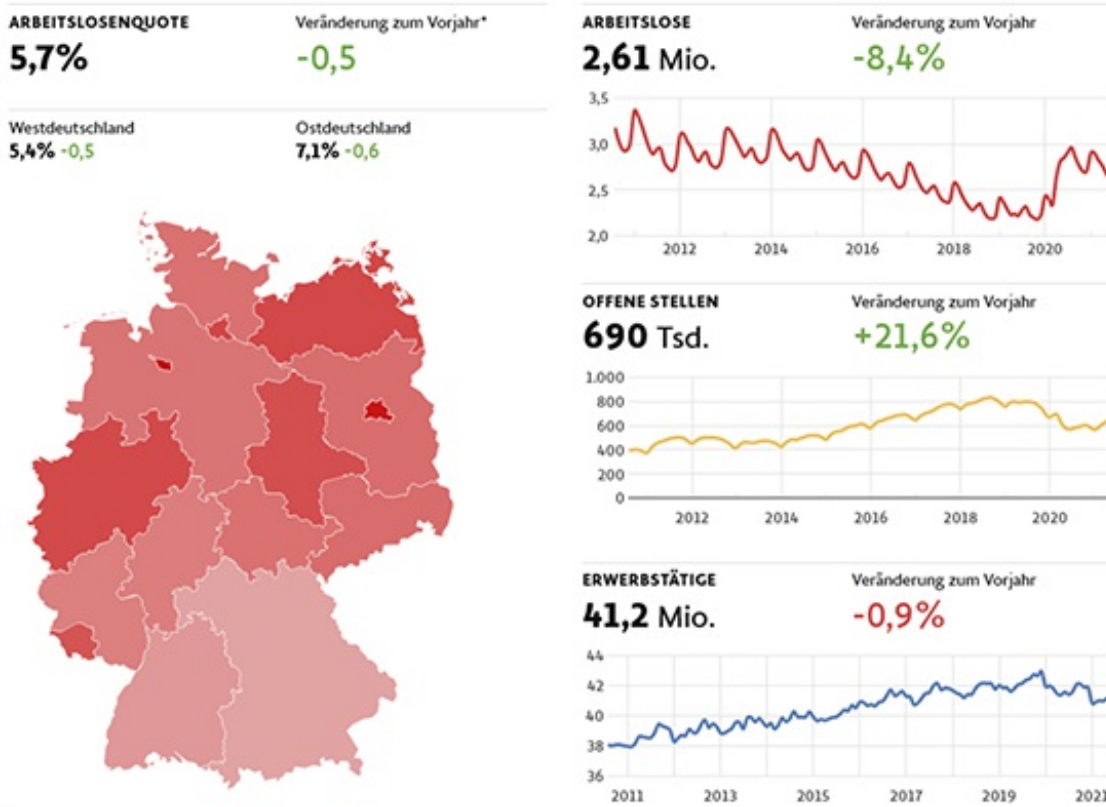
Gleichwohl hinterlässt die Corona-Krise immer noch tiefe Spuren bei der Beschäftigung, sie werden aber kleiner. Nach einer Schätzung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist aufgrund der Corona-Krise das Niveau der Arbeitslosigkeit im Juni 2021 um 399.000 und das der Unterbeschäftigung um 258.000 erhöht. Damit liegen die Gesamt-Corona-Effekte im Juni deutlich unter ihren Höchstwerten. In der Spitze betrug der Effekt für die Arbeitslosigkeit im Juni 2020 bei 638.000 und für die Unterbeschäftigung im August 2020 bei 504.000.

Mehr Neueinstellungen

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist, dass die Unternehmen in Deutschland wieder mehr Personal einstellen. Die Zurückhaltung der Betriebe galt in der Corona-Krise als ein zentrales Hemmnis für die Erholung am Arbeitsmarkt. Aufgrund der unsicheren Aussichten und zwischenzeitlich wieder verschärfter Eindämmungsmaßnahmen zögerten sie, neue Mitarbeiter:innen zu suchen. Das führte vor allem auch dazu, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen deutlich auf mehr als eine Million angestiegen und die Arbeitslosigkeit insgesamt nur in kleinen Schritten gesunken ist.

Nun scheint sich das Blatt zu wenden. Im Juni wurden der BA 173.000 neue Stellen gemeldet, darunter durch die sukzessiven Öffnungen auch wieder vermehrt aus dem Handel und der Gastronomie. Das waren noch einmal 9.000 mehr als im Mai und fast schon wieder so viele wie vor der Pandemie. Zum Vergleich: Im Juni 2019 meldeten die Unternehmen den Arbeitsagenturen 190.000 neue Stellen. Scheele nannte die Zahlen bei der monatlichen Pressekonferenz »sehr erfreulich«. Er gehe davon aus, dass sich die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten weiter abbaue.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland Stand: Juni 2021



*) Veränderung in Prozentpunkten / Grafik: Jens Giesel / Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Das Arbeitsmarktbarometer des zur BA gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist gerade sogar auf ein Allzeithoch gestiegen. Es beruht auf einer monatlichen Umfrage unter allen 156 lokalen Arbeitsagenturen – diese haben nach Einschätzung des Instituts noch nie eine so starke Verbesserung der Arbeitsmarktlage erwartet. Zudem erreichte der Stellenindex der BA erstmals wieder den Wert vom März 2020, dem letzten Monat, bevor die Auswirkungen der Pandemie auf dem Arbeitsmarkt sichtbar wurden – auch das ist ein Indikator, dass die Unternehmen wieder mehr einstellen.

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass nun die Sorge um einen »Fachkräftemangel« zurückkehrt. Dieses Problem trete nun »ehrlicherweise wieder voll zutage«, sagte Scheele. Er verwies darauf, dass das Erwerbspersonenpotenzial laut IAB-Prognosen 2021 das zweite Jahr in Folge sinken dürfte: um 140.000, nach 80.000 im Vorjahr. »Das hat es historisch noch nicht gegeben.«

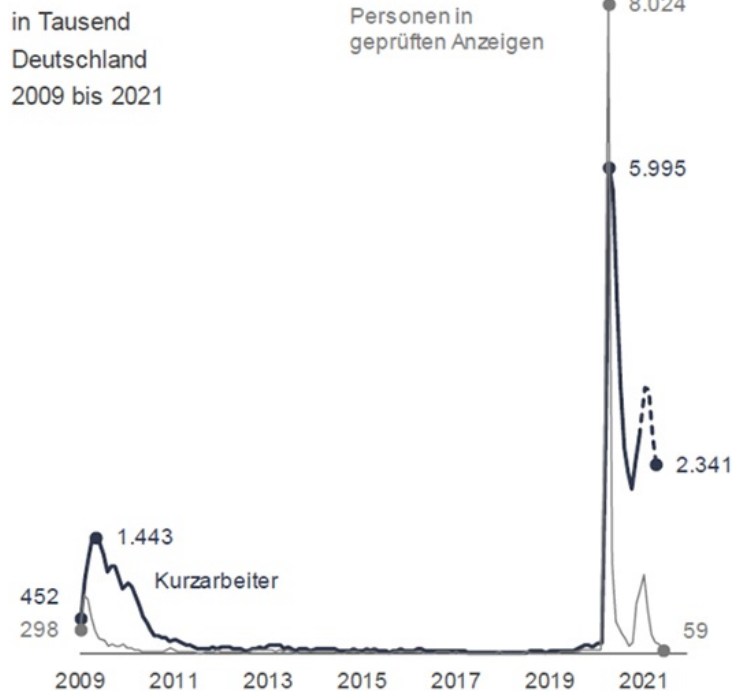
Hier fließen mehrere Effekte ein: die Alterung der Gesellschaft, die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung und die Nettozuwanderung, die durch die Corona-Krise stark gesunken ist. In den vergangenen Jahren hatten Lohnabhängige ohne deutschen Pass viel zum Aufschwung am Arbeitsmarkt beigetragen. Jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge ging die Nettozuwanderung 2020 aber das fünfte Jahr in Folge zurück auf nur noch 220.000. Scheele: »Das liegt weit unter dem, was wir brauchen.«

Kurzarbeit sinkt, aber von hohem Niveau

Nach vorläufigen hochgerechneten Daten der Statistik der BA wurde im April für 2,34 Mio. Lohnabhängige konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt, nach 2,70 Mio. im März, aber 2,02 Mio. im Oktober 2020, dem Monat vor der Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen. Die Inanspruchnahme nimmt damit aktuell wieder ab, nachdem sie zuvor infolge der verschärften Eindämmungsmaßnahmen gestiegen war. Im April 2020, dem Monat mit der höchsten Kurzarbeiterzahl in der Corona-Krise, waren knapp sechs Mio. Kurzarbeiter*innen registriert.

Der durchschnittliche Arbeitsausfall belief sich im April 2021 auf 55%. Damit hat der Einsatz von Kurzarbeit in diesem Monat rechnerisch Arbeitsplätze für 1,30 Mio. Lohnabhängige gesichert und deren vorübergehende Arbeitslosigkeit verhindert.

Konjunkturell bedingte Kurzarbeit



Kurzarbeit gem. § 96 SGB III auf Basis der Betriebe-Abrechnungslisten. Kurzarbeiter (realisierte Kurzarbeit) für die letzten vier Monate vorläufige hochgerechnete Werte mit zwei Monaten Wartezeit. Bei den geprüften Anzeigen liegen aktuell vorläufige Werte bis 24.06.2021 vor.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im April 2021 waren nach vorläufigen Angaben 7,0% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in konjunktureller Kurzarbeit, nach 8,0% im März und 6,0% im Oktober 2020. Im April 2020, dem Monat mit der höchsten Inanspruchnahme von Kurzarbeit, lag die Kurzarbeiterquote bei 17,9%.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit liegt damit weiter deutlich über den Werten zur Zeit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Damals wurde im Mai 2009 ein Höchstwert von 1,44 Mio. Personen in konjunktureller Kurzarbeit erreicht. Das entsprach damals einem Anteil von 5,2% an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Im Mai und April ist die Zahl der Kurzarbeiter:innen weiter zurückgegangen. Im Juni waren nach einer neuen Schätzung des Münchner Ifo-Instituts noch 1,5 Mio. Menschen in Kurzarbeit. Das war über ein Drittel weniger als im Mai mit 2,3 Mio. Geschätzt waren damit noch 4,5% der Lohnabhängigen in Kurzarbeit, im Vormonat waren es noch 6,8%, wie das Ifo-Institut mitteilte. »Vor allem in den Branchen mit Lockerungen der Corona-Maßnahmen gingen die Zahlen stark zurück«, sagte Ifo-Experte Stefan Sauer.

Im Gastgewerbe ist die Zahl der Menschen in Kurzarbeit von 520.000 (korrigierter Wert) im Mai gesunken auf nur noch 331.000 im Juni. Das entspricht allerdings immer noch 31,1% der Beschäftigten dort. Im Einzelhandel sank die Zahl der Kurzarbeiter:innen von 226.000 auf 104.000. Das sind noch 4,2%. »In der Industrie sehen wir bisher keine Auswirkungen der Lieferengpässe bei Vorprodukten und Rohmaterialien auf die Kurzarbeiterzahlen«, fügt Sauer hinzu. Dort sank die Kurzarbeit von 387.000 auf 257.000 Menschen, das sind noch 3,7%. Auf dem Bau nahm der Zahl Anteil der Kurzarbeiter:innen ab, von 16.000 auf 11.000. Das sind noch 0,6%.

Die Verlierer am Arbeitsmarkt

Die Covid-19-Pandemie hat veranschaulicht, wie die Strukturen und Institutionen des Arbeitsmarktes und das soziale Sicherungssystem in Deutschland funktionieren, wer besonderen Schutz erfährt und wer das Nachsehen hat. Dank Kurzarbeit, Wirtschaftshilfen und einer – abgesehen von einigen Branchen wie dem Gastgewerbe und dem Einzelhandel – weitgehenden Ausklammerung vieler Wirtschaftsbereiche von coronabedingten Schließungen wurden die schlimmsten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt verhindert.

Allerdings sind nicht alle Erwerbstätigen in gleicher Weise abgesichert. Neben geringfügig Beschäftigten und Kleinselbstständigen, die in der Covid-19-Pandemie zum Teil hohe Einkommenseinbußen zu verkraften hatten, gilt dies vor allem für befristet Beschäftigte, die naturgemäß nur für die Dauer ihres Vertrages Beschäftigungssicherheit genießen. Und anders als bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sind hier auch im Vergleich zum Vorjahr noch erhebliche Rückgänge festzustellen.

So ist die Zahl der Selbständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) nach Angaben des

Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2021 saisonbereinigt um 46.000 gesunken. Gegenüber dem Vorjahr hat die Selbständigkeit um 179.000 oder 4,4% auf 3,90 Mio. abgenommen, nach -167.000 oder -4,1% im vierten Quartal 2020.

Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten hat sich nach ersten Hochrechnungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im April saisonbereinigt um 39.000 verringert, nach -8.000 im März. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung im April um 174.000 oder 4,2% auf 4,02 Mio. ab, nach -324.000 oder -7,4% im März. Die Verkleinerung des negativen Vorjahresabstandes hängt damit zusammen, dass die Vorjahresveränderung im April den starken Einbruch von März auf April 2020 schon berücksichtigt. Nach Schätzungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat sich die ausschließlich geringfügige Beschäftigung wegen der Corona-Krise um 383.000 verringert.

Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau

Die Corona-Krise führt zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Von Mai auf Juni hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also der Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos waren, allerdings leicht verringert, und zwar um 4.000 oder 0,4% auf 1,06 Mio. Im gleichen Monat des Vorjahres, im Juni 2020, ist die Langzeitarbeitslosigkeit um 28.000 oder 4% gestiegen, in den drei Jahren vor Einsetzen der Corona-Krise war sie im Juni durchschnittlich um 9.000 oder 1% gesunken. Die Verfestigung zeigt sich im Abstand zum Vorjahr, der sich im Juni 2021 auf +253.000 oder +31% belief, nach +285.000 oder +37% im Mai. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 28,3% auf 40,6% erhöht.

Langzeitarbeitslosigkeit

in Tausend Deutschland Juni 2021	Anteil an allen		Veränderung	
	Juni 2021	Arbeitslosen in %	Vorjahresmonat	
			absolut	in %
Langzeitarbeitslose	1.060	40,6	253	31,3
dav. Rechtskreis SGB III	140	14,5	41	41,6
Rechtskreis SGB II	921	55,7	212	29,8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die coronabedingte Erhöhung der Langzeitarbeitslosigkeit erklärt sich zum einen mit mehr Übertritten in Langzeitarbeitslosigkeit, weil Beschäftigungsaufnahmen und Förderungen vor Eintritt der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich weniger geworden sind. Zum anderen beendeten weniger Langzeitarbeitslose ihre Arbeitslosigkeit, etwa durch eine Beschäftigungsaufnahme oder eine Fördermaßnahme.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB III hat sich im

Vorjahresvergleich um 42% und im Rechtskreis SGB II um 30% erhöht. Bei Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB III handelt es sich zum einen um Nicht-Leistungsempfänger, die entweder nie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten (z.B. Berufseinsteiger) oder die nach dem Auslaufen des Leistungsbezuges wegen fehlender Bedürftigkeit kein Arbeitslosengeld II erhalten. Zum anderen sind hier Arbeitslosengeld-Empfänger:innen enthalten, die Leistungsansprüche von mehr als zwölf Monaten haben.

Für die Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte

Die Belebung der Konjunktur hat zu einer deutlichen Verbesserung der Beschäftigungssituation geführt. Die Strukturprobleme des Arbeitsmarkts werden dadurch nicht verschwinden. Hier besteht hoher Regulierungsbedarf. Dabei geht es einerseits um die Eindämmung der prekären Beschäftigung in ihren verschiedenen Formen. Dazu bedarf es einerseits entsprechender gesetzlicher Regulierung (z.B. Verbot von Mini-Jobs und deutliche Anhebung des Mindestlohns) und eine Stärkung der Gewerkschaften etwa durch die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und die Stärkung der Mitbestimmungsrechte in den Betrieben. Darüber hinaus geht es aber auch um spezifische Konzepte zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, einen »sozialen Arbeitsmarkt«, der auch wirklich greift.

Eine solche grundlegende Reform der Arbeitsmarktpolitik muss zudem integraler Bestandteil des Projekts einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft sein, das mit dem Ende der Pandemie in allen kapitalistischen Ländern auf der Tagesordnung steht. In Deutschland wird dafür mit den Bundestagswahlen im September eine zentrale Weichenstellung stattfinden.

Anmerkung

[1] Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Katja Rietzler, Sabine Stephan, Silke Tober, Sebastian Watzka, Mit Schwung aus der Corona-Krise, IMK Report Nr. 169, Juni 2021.

